



Niederschrift

über die Sitzung

des Stadtrates

am 30.06.2021

Anwesend

- Vorsitz

Ebling, Michael

- Verwaltung

Beck, Günter
Matz, Manuela
Lensch, Eckart, Dr.
Grosse, Marianne
Hans, Volker

- Stadtratsmitglieder

Avemarie-Scharmman, Tim
Bauer-Bertram, Natascha
Behringer, Andreas
Boos-Waidosch, Marita
Conrad, Franziska, Dr.
Conrad, Maurice
Dietz, David
Dietz-Lenssen, Matthias, Dr.
Eckert, Christine
Ehmann, MdL, Fabian
Flegel, Sabine
Gerster, Thomas
Hafner, Klaus
Heinisch, Gunther
Helm-Becker, Ansgar
Herbst, Corinne
Huck, Brian, Dr.
Ivecen, Kamil
Jaensch, Ruth
Kinzelbach, Martin
Klee, Wolfgang, Dr.
Kloman, Johannes
Köbler, MdL, Daniel
Köbler-Gross, Sylvia
Koppius, Walter
Kracht, Martina
Kubica, Ellen
Kühle, Marcel
Kuster, Arne
Lange, Karsten
Lauzi, Myriam
Lossen-Geißler, Eleonore, Dr.
Malcherek, Martin

Mauerer, Carmen
Mehlhose, Lothar
Moseler, Claudius, Dr.
Neher, Daiana
Nierhoff, David
Odenweller, Anette
Reinbold, Markus, Dr.
Röder, Rupert, Dr.
Sauer, Christin
Schmitt, Uta
Schneiß, Jana
Schönig, Hannsgeorg
Schreiner, MdL, Gerd
Siebner, Claudia
Solbach, Norbert
Stritter, Stephan
Stufler, Erwin
Tress, Peter, Dr.
von Jungenfeld, Mareike
Willius-Senzer, MdL, Cornelia
Wolf-Rammensee, Dagmar
Zaun, Daniela
Zimmer, Christine

- Schriftführung

Bauernschmitt, Natalie

Entschuldigt fehlen

- Stadtratsmitglieder

Gill-Gers, Alexandra
Grodén-Kranich, MdB, Ursula
Orellana, Tupac
Sayer, Leonie

Tagessordnung

a) öffentlich

TEIL I

Anfragen

1. Flächenbilanz in der Mainzer Alt- und Neustadt (FDP)
2. Verlust von Parkplätzen durch Ausbau der Rad-Infrastruktur (FDP)
3. Vollzugsdefizit beim Ordnungsamt? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
4. Nutzung Reizgaspistolen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
5. Runder Tisch Ausbildung (AfD)
6. Betrugsfälle bei der Abrechnung von Corona-Teststationen (AfD)
7. Liegenschaften der Wohnbau Mainz (AfD)
8. Erfahrungen mit Pfefferspraypistolen im Zentralen Vollzugs- und Ermittlungsdienst (AfD)
9. Öffentliche Elektro-Fahrrad-Ladestationen für Touristen in Mainz (FREIE WÄHLER)
10. Verkehrssicherheit "Frei-Treppe" zwischen Jockel-Fuchs-Platz und Rheinufer (FREIE WÄHLER)
11. Erbbaurecht als Instrument der Bodenpolitik und Stadtentwicklung (FREIE WÄHLER)
12. Mainzer Ferienkarte (SPD)
13. E-Ladesäulen (SPD)
14. Sommer- und Herbstschulen (SPD)
15. Wirtschaftsförderung durch kostenloses Parken? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
16. Kita Heiligenhaus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
17. Obdachlosigkeit von Familien verhindern (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
18. GFZ-Kaserne Baumpflanzungen (ÖDP)
19. Mikro-PV-Anlagen (ÖDP)

20. Wohnungsvergabeyesystem der Wohnbau Mainz (ÖDP)
21. PV-Anlagen auf städtischen und stadtnahen Liegenschaften (DIE LINKE)
22. Zukunft der Städtepartnerschaft Mainz-Watford nach dem Brexit (DIE LINKE)
23. Geflüchtetenaufnahme in Mainz über den Königssteiner Schlüssel (DIE LINKE)
24. Drohende Umweltschäden durch E-Roller im Rheinwasser (DIE LINKE)
25. Bewerber*innenanzahl von Erzieher*innen (DIE LINKE)
26. Fassadenbegrünung Cityport (ÖDP)
27. Parkplatzsituation Alter Jüdischer Friedhof (CDU)
28. Sachstand zur Einführung einer Mängel-App (CDU)
29. Stoffliche Verwertung des Mainzer Abfalls (CDU)
30. Überlastung der Stromnetze durch die steigende Anzahl an Ladesäulen (CDU)
31. Corona-Hilfen für Vereine und Kulturschaffende (CDU)
32. Datenerhebung von Corona-Ausbrüchen (Piraten & Volt)
33. Parkflächen für die Außengastronomie (Piraten & Volt)
34. Überarbeitung der Dachbegrünungssatzung (Piraten & Volt)
35. Zigarettenstummel (Piraten & Volt)
36. Brandschutzkonzepten der Mainzer Feuerwehren bei Bränden von Akkus in mehrgeschossigen Wohnanlagen / bzw. Hochhauswohngebieten und Tiefgaragen in Mainz (FDP)
87. Schulen und Corona-Pandemie (ÖDP)
37. Fragestunde

Anträge

38. Gem. Antrag: Quartiersentwicklung im Zeichen des Klimawandels (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP)
 - 38.1. Gemeinsamer Antrag: Quartiersentwicklung im Zeichen des Klimawandels (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP) (Piraten & Volt)
 - 38.2. Änderungsantrag: Klimagerechte Quartiersentwicklung nur inklusiv (DIE LINKE)
39. Gem. Antrag: Radnetz Mainz - Radwegweisung modernisieren und ausbauen (B90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP)

40. Mehr mobile Toiletten im Corona Sommer (Piraten & Volt)
41. Kulturelles Leben im Sommer/Herbst (Piraten & Volt)
42. Ideenwettbewerb „Innenstadt der Zukunft“ (gem. Antrag: Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP)
43. Nach vorne schauen und niemanden zurücklassen – nach der Pandemie neue Impulse geben (CDU)
44. Illegale Abfallentsorgungen erfolgreich bekämpfen – Für ein sauberes und lebenswertes Mainz (CDU) - Neue Fassung CDU, ersetzt Vorlage Nr. 1056/2021
45. Begrünung von Haltestellen (ÖDP)

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

46. Bericht über Art und Umfang der ausgeübten Nebentätigkeiten und Ehrenämter
47. E-Government-Bericht 2021
48. Unterrichtung des Stadtrates gem. § 33 Abs. 1 GemO; hier: Bericht über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Mainz vom 04.06.2021
49. Wohnungsmarktbericht Mainz 2020
50. Kommunale Coronavirus-Teststelle im KUZ; außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln
51. Unterrichtung des Stadtrates über Verträge der Stadt Mainz mit Rats- und Ausschussmitgliedern sowie städtischen Bediensteten
52. Rheinland-Pfalz-Tag 2022 und Landesjubiläum 18. bis 22. Mai 2022, finanzieller Beitrag der Landeshauptstadt Mainz
53. Regionaltag Rheinhessen
54. Freiwillige Feuerwehr
55. Antrag auf Einrichtung von verkehrsberuhigten Bereichen in der Willigisstraße und Pfaffengasse/Eppichmauergasse
56. Zufahrtsschutzkonzept für die Mainzer Innenstadt zum Schutz und zur Vorbeugung gegen terroristisch- / kriminell- motivierte Überfahrten mit mehrspurigen Kraftfahrzeugen
57. Mittelumsetzung in Höhe von 1.592.266,81 Euro und außerplanmäßige Mittelbereit-

- stellung in Höhe von 1.621.382 Euro für die Maßnahme "B158 Innere Erschließung".
58. Wiederkehrende Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen in der Stadt Mainz
 59. Wiederkehrende Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen in der Stadt Mainz
 60. Ergänzung der Prioritätenliste Sportförderung 2021
 61. Wirtschaftliche Beteiligungen
 - 61.1. Wirtschaftliche Beteiligungen; Staatstheater Mainz GmbH
 - 61.2. Wirtschaftliche Beteiligungen: Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH
 - 61.3. Wirtschaftliche Beteiligungen; hier: Mainzer Erneuerbare Energien GmbH
 62. Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2020/21 bei der Staatstheater Mainz GmbH
 63. Sanierung der Rheingoldhalle Mainz
 64. Haushaltsangelegenheiten
 - 64.1. Haushaltsangelegenheit;
 - 64.2. Haushaltsangelegenheit;
 - 64.3. Haushaltsangelegenheit;
 65. Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO;
 66. Außerplanmäßige Mittelbereitstellung zur Erweiterung der WLAN-Ausstattung bzw. Aufbau einer WLAN-Infrastruktur in Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge
 67. Digitalisierung der staatlichen Mainzer Schulen
 68. Sachstandsberichte
 - 68.1. Sachstandsbericht zum Stadtratsantrag 0950/2020/2
 69. Kindertagesstättenbedarfsplan 2021
 70. Mittelbereitstellung für das Sozialraumbudget nach dem Kita-Zukunftsgesetz Rheinland-Pfalz
 71. Städtische Investitionskostenzuschüsse an freie Träger von Kindertagesstätten
 72. Übergangsvereinbarung kommunale Zuschüsse für den laufenden Betrieb von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft im Jugendamtsbezirk Mainz
 73. Platzbenennung in Mainz-Hechtsheim
 74. Platzbenennung in Mainz-Altstadt
 75. Änderung Nr. 56 des Flächennutzungsplans der Stadt Mainz "Erweiterung des Friedhofs Judensand" (Beschluss)

76. Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan "Ehemalige Brauerei Wormser Straße (W 105)"
77. Bauleitplanverfahren "W 105" (erneute Planstufe II)
78. Veränderungssperre "D 31-VS"/I
79. Landesgartenschau Rheinland-Pfalz 2026;
80. Modernisierung Gutenberg-Museum

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

81. Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien
 - 81.1. Besetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten etc.
 - 81.2. Besetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten etc.
 - 81.3. Besetzung von Gremien
82. Einwohnerfragestunde [ca. 18.00 Uhr]
83. Anregungen der Ortsbeiräte [ca. 18.30 Uhr]

b) nicht öffentlich

84. Unterrichtung des Stadtrates gem. § 33 Abs. 1 GemO; Bericht über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Mainz vom 04.06.2021
85. Personalangelegenheiten
 - 85.1. Einzelpersonalien
 - 85.2. Einzelpersonalie
86. Grundstücksangelegenheiten
 - 86.1. Grundstücksangelegenheit;
 - 86.2. Grundstücksangelegenheit;
 - 86.3. Grundstücksangelegenheit;
 - 86.4. Grundstücksangelegenheit;

Der Vorsitzende eröffnet um 15:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Herr Oberbürgermeister Ebling führt aus, dass die heutige Sitzung des Stadtrates erneut live übertragen wird. Abrufbar ist die Livestream-Übertragung auf der Internetseite unter www.mainz.de/stadtrat-live. Die Mitglieder des Rates wurden gesondert auf die Art und den Umfang der Datenerhebung hingewiesen. Die Möglichkeit der Veröffentlichung einer Stadtratssitzung ist durch § 2 der Hauptsatzung gegeben.

Zum Gedenken an das verstorbene Stadtratsmitglied, Herrn Klaus Nauth, erhebt sich der Rat von seinen Sitzen.

Zudem dankt Herr Oberbürgermeister Ebling Herrn Ansgar Helm-Becker für sein besonderes Jubiläum von über 30 Jahren Mitgliedschaft im Mainzer Stadtrat sowie sein kommunalpolitisches Engagement für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Mainz.

Auf Grundlage der Geschäftsordnung wurde eine Dringlichkeitsanfrage seitens der ÖDP-Fraktion zum Thema „Schulen und Corona-Pandemie“ (Nr. 1080/2021) eingereicht, die unter Punkt 87 geführt und nach den Anfragen aufgerufen wird.

Zu Punkt 38 „Gem. Antrag von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP: Quartiersentwicklung im Zeichen des Klimawandels“ liegt ein Ergänzungsantrag der Fraktion PIRATEN&VOLT vor, der unter Punkt 38.1 geführt wird (Nr. 1041/2021/1). Weiterhin wurde seitens der Fraktion DIE LINKE ein Änderungsantrag gestellt, der dem Tagesordnungspunkt 38.2 zugeordnet wird (Nr. 1041/2021/2). Ein weiterer Ergänzungsantrag der ÖDP-Fraktion liegt der Verwaltung vor (Nr. 1041/2021/3). Die beantragten Punkte 1 und 2 sind jedoch rechtlich als unzulässig zu bewerten.

Die CDU-Fraktion hat der Verwaltung eine neue Fassung ihres Antrages zu Punkt 44 „Illegale Abfallentsorgungen erfolgreich bekämpfen – Für ein sauberes und lebenswertes Mainz“ zukommen lassen (Nr. 1056/2021/1). Dabei sind die Punkte 3 bis 6 des eingereichten Antrages ebenfalls als unzulässig zu werten.

Bei Tagesordnungspunkt 78 „Veränderungssperre "D 31-VS"/I Erste Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanentwurfs "Am Römerwall (D 31)", Satzung "D 31-VS/I" (Nr. 0772/2021) wird eine redaktionelle Änderung in der Tagesordnung vorgenommen: Das Wort „Römerwall“ wird durch „Römerquell“ ersetzt.

Der Punkt 81 wird um den Punkt 81.2 mit der Beschlussvorlage „Besetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten etc.“ (Nr. 1082/2021) sowie Punkt 81.3 „Besetzung von Gremien“ (Nr. 0004/2021) ergänzt.

Die Grundstücksangelegenheiten im nicht öffentlichen Teil der Sitzung, sollen um den Punkt 86.4 erweitert werden, da die Beschlussvorlage in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 24.06.2021 nicht einstimmig gefasst, sodass die Vorlage zur entscheidenden Beschlussfassung dem Stadtrat vorgelegt wird.

Darüber hinaus beantragt Herr Stufler die Punkte 79 „Landesgartenschau Rheinland-Pfalz 2026; hier: Machbarkeitsstudie“ (Nr. 0850/2021) und 80 „Modernisierung Gutenberg-Museum

hier: Vorstellung der von Bund, Land und Stadt gemeinsam finanzierten Machbarkeitsstudie“ (Nr. 0890/2021) vor Punkt 46 und damit an den Anfang des Teils II der Tagesordnung zu stellen. Diesem Antrag folgt die Mehrheit des Rates.

Herr Schöning (CDU) beantragt zu Tagesordnungspunkt 15 “Wirtschaftsförderung durch kostenloses Parken?” der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Nr. 1015/2021) eine aktuelle halbe Stunde.

Der Tagesordnung in der zuvor beschriebenen Form stimmt der Stadtrat einstimmig zu.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

TEIL I

Anfragen

Punkt 1 **Flächenbilanz in der Mainzer Alt- und Neustadt (FDP)**
Vorlage: 0481/2021

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Frau Beigeordneter Matz zur Kenntnis.

Punkt 2 **Verlust von Parkplätzen durch Ausbau der Rad-Infrastruktur (FDP)**
Vorlage: 0716/2021

Die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 3 **Vollzugsdefizit beim Ordnungsamt? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 0804/2021

Herr Dr. Huck bittet um Erläuterung der in der Antwort verwendeten Bezeichnung der Bau- und Umweltverwaltung sowie um Information wie lange die verbotswidrige Veranstaltung nach Kenntnisnahme der Verwaltung stattfand.

Frau Beigeordnete Matz führt aus, dass es Themen gebe, die gleichermaßen das Grün- und Umweltamt sowie die Bauverwaltung betreffen würden. Der Kommunale Vollzugsdienst hingegen werde beispielsweise bei Vorliegen von Beschwerden tätig. Weiterhin erläutert Frau Beigeordnete Matz, dass die Verwaltung Anfang Juli Kenntnis von der Veranstaltung "Weinwiese" erhalten habe und die Veranstaltung temporär bis zum 10. September erlaubt wurde.

Punkt 4 **Nutzung Reizgaspistolen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 0805/2021

Herr Ehmann fragt, ob die Verwaltung bereit sei, eine Aufstellung oder statistische Auswertung anzufertigen, wann mit dem Einsatz von Reizgaspistolen gedroht wurde.

Frau Beigeordnete Matz macht deutlich, dass der Begriff des "Androhens" sehr unbestimmt sei und daher keine statistische Auswertung erstellt werden könne.

Punkt 5 **Runder Tisch Ausbildung (AfD)**
Vorlage: 0956/2021

Herr Mehlhose merkt an, dass die Frage unter Punkt 6 nicht ausreichend beantwortet sei. Zudem gebe es bereits das Netzwerk "Übergang Schule - Beruf". Er fragt daher, warum beim damaligen Antrag nicht direkt darauf hingewiesen wurde, dass das beantragte Gremien obsolet sei. Weiterhin fragt Herr Mehlhose, wieso der "Runde Tisch Ausbildung" nicht getagt habe, im Wissen, dass das ÜSB-Netzwerk aufgrund der Pandemie-Situation nicht tagen konnte.

Herr Oberbürgermeister Ebling bekräftigt nochmals die Antwort der Verwaltung zu Frage 1, wonach kein "Runder Tisch" notwendig sei, da sich bereits ein anderes Netzwerk seit vielen Jahren etabliert habe. Zur zweiten Fragen führt der Vorsitzende ebenfalls personelle Gründe an.

Punkt 6 **Betrugsfälle bei der Abrechnung von Corona-Teststationen (AfD)**
Vorlage: 0957/2021

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Herrn Beigeordneten Dr. Lensch ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

Punkt 7 **Liegenschaften der Wohnbau Mainz (AfD)**
Vorlage: 0967/2021

Herr Stritter fragt zu Punkt 5 nach, wie viele von den 257 Mitarbeitenden männlich bzw. weiblich seien.

Her Beigeordneter Dr. Lensch sagt zu, die Antwort nachzureichen.

Punkt 8 **Erfahrungen mit Pfefferspraypistolen im Zentralen Vollzugs- und Ermittlungsdienst (AfD)**
Vorlage: 0968/2021

Zu der von Frau Beigeordneter Matz vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 9 **Öffentliche Elektro-Fahrrad-Ladestationen für Touristen in Mainz (FREIE WÄHLER)**
Vorlage: 0992/2021

Die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling liegt vor. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 10 **Verkehrssicherheit "Frei-Treppe" zwischen Jockel-Fuchs-Platz und Rheinufer (FREIE WÄHLER)**
Vorlage: 0993/2021

Herr Stufler fragt die Verwaltung, ob sie die Treppe nicht doch nochmal überprüfen wolle, da sie für das Image der Verwaltung überaus relevant sei.

Herr Bürgermeister Beck stellt klar, dass derzeit keine Gefahr vorliege, sodass die Treppe auch nicht gesperrt werden müsse. Seitens der Verwaltung werde nun ein breiter und offener Aufgang zum Rathausplateau geplant. Dies sei ein konkreter Auftrag aus dem Rat an die Verwaltung.

Punkt 11 **Erbbaurecht als Instrument der Bodenpolitik und Stadtentwicklung**
(FREIE WÄHLER)
Vorlage: 0994/2021

Herr Stufler fragt nach, wieso der Stadt Mainz die angefragten Daten der städtischen und stadtnahen Gesellschaften nicht zugänglich seien.

Frau Beigeordnete Matz erläutert, dass sich die Verwaltung bei der Beantwortung der Anfrage auf die Kernverwaltung bezogen habe. Die Informationen in Bezug auf städtische und stadtnahe Gesellschaften müssten nachgereicht werden.

Punkt 12 **Mainzer Ferienkarte (SPD)**
Vorlage: 0995/2021

Zu der von Herrn Beigeordneten Dr. Lensch vorgelegten Antwort gibt es keine Zusatzfragen.

Punkt 13 **E-Ladesäulen (SPD)**
Vorlage: 0996/2021

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling zur Kenntnis.

Punkt 14 **Sommer- und Herbstschulen (SPD)**
Vorlage: 0997/2021

Frau Zimmer fragt, ob es Möglichkeiten gebe, Schülerinnen und Schüler mit einem Förderbedarf gezielt anzusprechen.

Herr Beigeordneter Dr. Lensch führt aus, dass die Schulleitungen vor der Anmeldung nochmals darauf hingewiesen werden, dass sich betreffende Schülerinnen und Schüler auch zu den angebotenen Programmen anmelden können.

Punkt 15 **Wirtschaftsförderung durch kostenloses Parken? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 1015/2021

Die CDU-Fraktion hatte zu diesem Punkt eine aktuelle halbe Stunde nach § 4 Abs. 5 der Geschäftsordnung beantragt.

Hierzu sprechen Herr Schönig (CDU), Herr Nierhoff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herr Kinzelbach (SPD), Herr Klomann (SPD), Herr Dietz (FDP), Herr Kuster (AfD) sowie Herr Conrad (PIRATEN&VOLT). Für die Verwaltung geht Frau Beigeordnete Matz auf die Wortbeiträge der Fraktionen ein.

Punkt 16 **Kita Heiligenhaus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 1016/2021

Die Antwort von Frau Beigeordneter Grosse liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 17 **Obdachlosigkeit von Familien verhindern (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 1017/2021

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Herrn Beigeordneten Dr. Lensch ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

Punkt 18 **GFZ-Kaserne Baumpflanzungen (ÖDP)**
Vorlage: 1019/2021

Zu der von Herrn Oberbürgermeister Ebling vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 19 **Mikro-PV-Anlagen (ÖDP)**
Vorlage: 1020/2021

Die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling liegt vor. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 20 **Wohnungsvergabesystem der Wohnbau Mainz (ÖDP)**
Vorlage: 1021/2021

Zu der von Herrn Beigeordneten Dr. Lensch vorgelegten Antwort gibt es keine Zusatzfragen.

Punkt 21 **PV-Anlagen auf städtischen und stadtnahen Liegenschaften (DIE LINKE)**
Vorlage: 1023/2021

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Frau Beigeordneter Matz zur Kenntnis.

Punkt 22 **Zukunft der Städtepartnerschaft Mainz-Watford nach dem Brexit (DIE LINKE)**
Vorlage: 1024/2021

Die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 23 **Geflüchtetenaufnahme in Mainz über den Königssteiner Schlüssel (DIE LINKE)**
Vorlage: 1025/2021

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Herrn Beigeordneten Dr. Lensch ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

Punkt 24 **Drohende Umweltschäden durch E-Roller im Rheinwasser (DIE LINKE)**
Vorlage: 1026/2021

Zu der von Herrn Oberbürgermeister Ebling vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 25 **Bewerber*innenanzahl von Erzieher*innen (DIE LINKE)**
Vorlage: 1027/2021

Die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling liegt vor. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 26 **Fassadenbegrünung Cityport (ÖDP)**
Vorlage: 1028/2021

Zu der von Herrn Oberbürgermeister Ebling vorgelegten Antwort gibt es keine Zusatzfragen.

Punkt 27 **Parkplatzsituation Alter Jüdischer Friedhof (CDU)**
Vorlage: 1029/2021

Herr Gerster möchte wissen, ob die vorhandenen Parkplätze auch Besucherinnen und Besucher zur Verfügung stünden oder diese nur von Anwohnerinnen und Anwohnern genutzt würden.

Herr Oberbürgermeister Ebling antwortet, dass die Verwaltung einen Gestaltungsvorschlag unterbreitet habe. Unter Punkt 2 der Beantwortung wurde ausgeführt, dass Parkplätze in der

Paul-Denis-Straße vorlägen und auch ein barrierefreier Parkplatz ausgewiesen werde. Darüber hinaus sei die Umgestaltung der Mombacher Straße in Bearbeitung, sodass sukzessive noch Veränderungen vorgenommen werden könnten.

Punkt 28 **Sachstand zur Einführung einer Mängel-App (CDU)**
Vorlage: 1030/2021

Herr Lange bezieht sich in seiner Nachfrage auf den letzten Satz der Beantwortung seiner Anfrage. Hieraus geht hervor, dass der Stadtverwaltung keine Informationen und Erfahrungen anderer Städte vorliegen würden. Herr Lange geht auf die Einführung einer Mängel-App bei der Stadt Wiesbaden ein und fragt, inwiefern Interesse bestehe sich mit der Nachbarstadt hierüber auszutauschen.

Herr Oberbürgermeister Ebling bejaht dies.

Punkt 29 **Stoffliche Verwertung des Mainzer Abfalls (CDU)**
Vorlage: 1031/2021

Herr Solbach fragt in Bezug auf Frage 4 nach, ob die Verwaltung Auskunft geben könne, wie Altpapier weiterverarbeitet werde.

Herr Oberbürgermeister Ebling sagt zu die Antwort nachzureichen.

Punkt 30 **Überlastung der Stromnetze durch die steigende Anzahl an Ladesäulen (CDU)**
Vorlage: 1032/2021

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling zur Kenntnis.

Punkt 31 **Corona-Hilfen für Vereine und Kulturschaffende (CDU)**
Vorlage: 1033/2021

Die Antwort von Herrn Bürgermeister Beck liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 32 **Datenerhebung von Corona-Ausbrüchen (Piraten & Volt)**
Vorlage: 1034/2021

Herr Avemarie-Scharmann fragt nach, ob der Verwaltung bekannt sei, dass die Stadt Nürnberg erfolgreich das Instrument der Postleitzahlennachverfolgung einsetze und ob Interesse bestehe sich mit der Stadt Nürnberg hierüber auszutauschen.

Herr Beigeordneter Dr. Lensch führt aus, dass er gerne bereit sei, sich auf der Internetseite der Stadt Nürnberg zu informieren. Sollten sich hierbei neue Erkenntnisse ergeben, sei die Verwaltung gerne bereit diese einzuarbeiten.

Punkt 33 **Parkflächen für die Außengastronomie (Piraten & Volt)**
Vorlage: 1035/2021

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Frau Beigeordneter Matz ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

Punkt 34 **Überarbeitung der Dachbegrünungssatzung (Piraten & Volt)**
Vorlage: 1036/2021

Zu der von Herrn Oberbürgermeister Ebling vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 35 **Zigarettenstummel (Piraten & Volt)**
Vorlage: 1037/2021

Die Antwort von Frau Beigeordneter Matz liegt vor. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 36 **Brandschutzkonzepte der Mainzer Feuerwehren bei Bränden von
Akkus in mehrgeschossigen Wohnanlagen / bzw. Hochhauswohn-
gebieten und Tiefgaragen in Mainz (FDP)**
Vorlage: 1038/2021

Zu der von Herrn Oberbürgermeister Ebling vorgelegten Antwort gibt es keine Zusatzfragen.

Punkt 87 **Schulen und Corona-Pandemie (ÖDP)**
Vorlage: 1080/2021

Herr Dr. Moseler fragt nach der Anzahl der Klassenräume an weiterführenden Schulen, die mit einer Abluftanlage bzw. einem Luftreinigungsgerät ausgestattet seien.

Herr Beigeordneter Dr. Lensch beziffert diese auf 320 von rund 900 Klassenräumen an weiterführenden Schulen.

Punkt 37 **Fragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

Anträge

Punkt 38 **Gem. Antrag: Quartiersentwicklung im Zeichen des Klimawandels
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP)**
Vorlage: 1041/2021

Nach Redebeiträgen von Frau Dr. Conrad (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Frau Zimmer (SPD), Herrn Koppius (FDP), Herrn Avemarie-Scharmann (PIRATEN&VOLT), Herrn Malcherek (DIE LINKE), Herrn Solbach (CDU), Herrn Kuster (AfD), Herrn Stufler (FREIE WÄHLER), Herrn Dr. Moseler (ÖDP) sowie Frau Herbst (SPD), spricht Herr Oberbürgermeister Ebling für die Verwaltung. Der Vorsitzende macht deutlich, dass Ausgangspunkt der Thematik der Beschluss des Klimanotstandes in der Ratssitzung vom 25.09.2019 sei, in der sich der Stadtrat sowie die Verwaltung zum Klimaschutz bekannt hätten. Viele Maßnahmen würden sich aktuell in der Umsetzung befinden oder demnächst angegangen werden. Weiterhin beantragt Herr Koppius die Überweisung des Ergänzungsantrages der Fraktion PIRATEN&VOLT unter Punkt 38.1.

In der nun folgenden Abstimmung wird dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich zugestimmt, sodass der Hauptantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP unter Punkt 38 keiner weiteren Abstimmung bedarf. Überdies stimmt der Rat mehrheitlich für die Überweisung des Ergänzungsantrages der Fraktion PIRATEN&VOLT zu Punkt 38.1. in den zuständigen Fachausschuss.

Punkt 38.1 **Gemeinsamer Antrag: Quartiersentwicklung im Zeichen des Klimawandels (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP) (Piraten & Volt)**
Vorlage: 1041/2021/1

Punkt 38.2 **Änderungsantrag: Klimagerechte Quartiersentwicklung nur inklusiv (DIE LINKE)**
Vorlage: 1041/2021/2

Punkt 39 **Gem. Antrag: Radnetz Mainz - Radwegweisung modernisieren und ausbauen (B90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP)**
Vorlage: 1045/2021

Zum vorliegenden Antrag sprechen Herr Dr. Röder (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Frau Herbst (SPD), Herr Koppius (FDP), Herr Gerster (CDU) und Herr Conrad (PIRATEN&VOLT). Für die Verwaltung gibt Herr Oberbürgermeister Ebling die Stellungnahme zu den Wortbeiträgen der Fraktionen ab.

Der Stadtrat stimmt sodann dem Antrag ohne Gegenstimmen und Stimmhaltungen zu.

Punkt 40 **Mehr mobile Toiletten im Corona Sommer (Piraten & Volt)**
Vorlage: 1046/2021

Zum Antrag unter Punkt 40 werden Redebeiträge von Herrn Conrad (PIRATEN/VOLT), Frau Sauer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Frau Dr. Lossen-Geißler (SPD), Frau Willius-Senzer (FDP), Herrn Avemarie-Scharmann (PIRATEN&VOLT), Frau Flegel (CDU) und Frau Wolf-Rammensee (ÖDP) eingebracht. Frau Beigeordnete Matz spricht für die Verwaltung und macht deutlich, dass es sich beim Aufstellen von mobilen Toiletten um eine freiwillige Aufgabe handele.

Sodann wird der von Frau Sauer beantragten Überweisung in den Fachausschuss mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 41 **Kulturelles Leben im Sommer/Herbst (Piraten & Volt)**
Vorlage: 1048/2021

Von den Fraktionen sprechen Herr Avemarie-Scharmann (PIRATEN&VOLT), Frau Eckert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herr Dr. Reinbold (CDU), Frau Kracht (SPD), Frau Willius-Senzer (FDP), Herr Malcherek (DIE LINKE) sowie Herr Mehlhose (AfD) zum vorliegenden Antrag unter Punkt 41, ehe Frau Beigeordnete Matz für die Verwaltung Stellung nimmt.

In der darauffolgenden Abstimmung wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 42 **Ideenwettbewerb „Innenstadt der Zukunft“ (gem. Antrag: Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP)**
Vorlage: 1053/2021

Der eingereichte Antrag wird durch Herrn Ehmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herrn Kinzelbach (SPD) und Herrn Dietz (FDP) begründet. Weitere Wortbeiträge von Herrn Schönig (CDU), Herrn Malcherek (DIE LINKE), Herrn Stritter (AfD) und Herrn Avemarie-Scharmann (PIRATEN&VOLT) folgen.

Nach Stellungnahme durch Frau Beigeordnete Matz stimmt der Rat dem Antrag mehrheitlich zu.

Punkt 43 **Nach vorne schauen und niemanden zurücklassen – nach der Pandemie neue Impulse geben (CDU)**
Vorlage: 1055/2021

Frau Siebner begründet für die CDU-Fraktion den vorliegenden Antrag. Anschließend sprechen Herr Helm-Becker (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herr Dr. Dietz-Lenssen (SPD), Herr Dietz (FDP) und Herr Mehlhose (AfD) für die Fraktionen. Die Stellungnahme seitens der Verwaltung erfolgt durch Herrn Oberbürgermeister Ebling.

Der vorliegende Antrag wird in der nun folgenden Abstimmung mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 44 **Illegale Abfallentsorgungen erfolgreich bekämpfen – Für ein sauberes und lebenswertes Mainz (CDU) - Neue Fassung CDU, ersetzt Vorlage Nr. 1056/2021**
Vorlage: 1056/2021/1

Nach Aufruf von Tagesordnungspunkt 44 weist der Vorsitzende nochmals daraufhin, dass die im Antrag aufgeführten Punkte 3 bis 6 unzulässig seien und daher kein Bestandteil der Debatte und Abstimmung darstellen würden.

Redebeiträge werden von den Ratsmitgliedern Herr Lange (CDU), Herr Kühle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Frau Dr. Lossen-Geissler (SPD), Herr Dr. Klee (FDP), Herr Mehlhose (AfD), Herr Avemarie-Scharmman (PIRATEN&VOLT), Herr Stufler (FREIE WÄHLER) und Frau Zaun (DIE PARTEI) eingebracht. Herr Oberbürgermeister Ebling spricht für die Verwaltung und gibt zu bedenken, dass andere Städte mit den gleichen Problemen konfrontiert würden. Er dankt den Kolleginnen und Kollegen des Entsorgungsbetriebes für die geleistete Arbeit und das Aufstellen zusätzlicher Container und Müllbehältnissen.

Herr Kühle, Frau Herbst und Herr Dr. Klee beantragen in ihren jeweiligen Redebeiträgen die Überweisung dieses Antrages. Der beantragten Überweisung wird sodann mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 45 **Begründung von Haltestellen (ÖDP)**
Vorlage: 1057/2021

Herr Dr. Moseler begründet den von der ÖDP-Fraktion eingereichten Antrag. Weitere Wortbeiträge von Herr Kühle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herr Solbach (CDU), Frau Herbst (SPD), Herr Dr. Klee (FDP), Herr Stufler (FREIE WÄHLER) sowie Frau Köbler-Gross (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) folgen. In den Wortbeiträgen von Herr Kühle, Frau Herbst sowie Herr Dr. Klee wird die Überweisung des Antrages in den zuständigen Fachausschuss beantragt. Der Rat folgt dem Antrag auf Überweisung mit mehrheitlicher Zustimmung.

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 46 **Bericht über Art und Umfang der ausgeübten Nebentätigkeiten und Ehrenämter**
Vorlage: 0903/2021

Der Stadtrat nimmt den Bericht über Art und Umfang der ausgeübten Nebentätigkeiten und Ehrenämter ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen zur Kenntnis.

Gegenstand der Kenntnisnahme ist die Verwaltungsvorlage vom 02.06.2021.

Punkt 47 **E-Government-Bericht 2021**
Vorlage: 0791/2021

Der Stadtrat nimmt den E-Government-Bericht der Landeshauptstadt Mainz 2021 einstimmig zur Kenntnis.

Gegenstand der Kenntnisnahme ist die Verwaltungsvorlage vom 31.05.2021.

Punkt 48 **Unterrichtung des Stadtrates gem. § 33 Abs. 1 GemO;**
hier: Bericht über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Mainz vom 04.06.2021
Vorlage: 1018/2021

Der Stadtrat nimmt den Bericht des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Mainz vom 04.06.2021 mit Ausnahme des Anhangs zu den Prüfungsmitteilungen ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen zur Kenntnis.

Herr Oberbürgermeister Ebling ergänzt, dass die Stellungnahme seitens der Verwaltung im Herbst 2021 erfolgen werde.

Gegenstand der Kenntnisnahme ist die Verwaltungsvorlage vom 17.06.2021.

Punkt 49 **Wohnungsmarktbericht Mainz 2020**
Vorlage: 0761/2021

Der Wohnungsmarktbericht Mainz 2020 wird von den städtischen Gremien zur Kenntnis genommen.

Gegenstand der Kenntnisnahme ist die Verwaltungsvorlage vom 17.05.2021.

Punkt 50 **Kommunale Coronavirus-Teststelle im KUZ; außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln**
Vorlage: 0963/2021

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt und der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen die außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 955.000,00 Euro für den Betrieb der Kommunalen Coronavirus-Teststelle im KUZ.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 10.06.2021.

Punkt 51 **Unterrichtung des Stadtrates über Verträge der Stadt Mainz mit Rats- und Ausschussmitgliedern sowie städtischen Bediensteten**
Vorlage: 0962/2021

Die Übersicht über die Verträge der Stadt Mainz mit Rats- und Ausschussmitgliedern und städtischen Bediensteten wird ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen zur Kenntnis genommen.

Gegenstand der Kenntnisnahme ist die Verwaltungsvorlage vom 10.06.2021.

Punkt 52 **Rheinland-Pfalz-Tag 2022 und Landesjubiläum 18. bis 22. Mai 2022, finanzieller Beitrag der Landeshauptstadt Mainz**
Vorlage: 0771/2021

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt, der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen für die Planung und Ausrichtung des Rheinland-Pfalz-Tages 2022 außerplanmäßige Mittel in Höhe von 350.000 € zur Verfügung zu stellen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 03.05.2021.

Punkt 53 **Regionaltag Rheinhessen;**
hier: Beratung und Empfehlungsbeschluss für die vier Gebietskörperschaften über die Einrichtung einer hauptamtlich geführten Geschäftsstelle sowie Änderung der Vereinbarung des Regionaltages Rheinhessen
Vorlage: 0934/2021

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt, der Stadtrat beschließt einstimmig die Schaffung einer hauptamtlich geführten Geschäftsstelle für den Regionaltag und die Einrichtung dieser Geschäftsstelle bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen.

Der vorgelegten Änderung der „Vereinbarung über die Zusammenarbeit“ des Regionaltages Rheinhessen wird zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 08.06.2021.

Punkt 54 **Freiwillige Feuerwehr, Zustandsdiagnose und Machbarkeitsstudie zum Bau von Feuerwehrhäusern**
hier: Kenntnisnahme und weiteres Vorgehen
Vorlage: 0313/2021

Der Stadtrat nimmt die Zustandsdiagnosen sowie die Machbarkeitsstudien zum Bau von Feuerwehrhäusern der Freiwilligen Feuerwehren ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen zur Kenntnis und befürwortet die weiteren Schritte zu Grundstücksrecherchen, Vorbereitungen zur Eigentumssicherung und die Fortführung der baulichen Vorplanungen.

Gegenstand der Kenntnisnahme ist die Verwaltungsvorlage vom 22.04.2021.

Punkt 55 **Antrag auf Einrichtung von verkehrsberuhigten Bereichen in der Willigisstraße und Pfaffengasse / Eppichmauergasse**
Vorlage: 0766/2021

Der **Ortsbeirat Mainz-Altstadt** nimmt den Sachstand zur Kenntnis und der **Verkehrsausschuss** empfiehlt dem Stadtrat, das Einvernehmen zur Einrichtung von verkehrsberuhigten Bereichen für die Straßen Willigisstraße und der Pfaffengasse/Eppichmauergasse, zu geben.

Der Stadtrat erteilt einstimmig das Einvernehmen gemäß § 45 Abs. 1b S. 2 StVO zur Einrichtung von verkehrsberuhigten Bereichen in der „Willigisstraße“ und der „Pfaffengasse/ Eppichmauergasse“.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 03.05.2021.

Punkt 56 **Zufahrtsschutzkonzept für die Mainzer Innenstadt zum Schutz und zur Vorbeugung gegen terroristisch- / kriminell- motivierte Überfahrten mit mehrspurigen Kraftfahrzeugen**
Vorlage: 0839/2021

Der **Verkehrsausschuss** und der **Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen** empfehlen, der **Stadtrat** beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen

1. das „Zufahrtsschutzkonzept Mainz“.
2. die Beauftragung der Verwaltung, Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für eine darauf aufbauende, zeitnahe Umsetzung der beiden Realisierungsabschnitte der Konzeptinhalte zu eruieren.
3. die außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 6.817.741 € vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplans 2021/2022.

Hiervon entfallen 1.947.500 € auf das Jahr 2021 und 4.870.241 € auf das Jahr 2022 inkl. aktivierbarer Eigenleistungen in Höhe von 2,5%.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 26.05.2021.

Punkt 57 **Mittelumsetzung in Höhe von 1.592.266,81 Euro und außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 1.621.382 Euro für die Maßnahme "B158 Innere Erschließung"**
Vorlage: 0797/2021

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt und der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen die Mittelumsetzung in Höhe von 1.592.266,81 € und vorbehaltlich der Genehmigung des Doppelhaushalts 2021/2022 die außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe 1.621.382 € für die Maßnahme "B 158 Innere Erschließung".

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 01.06.2021.

Punkt 58 **Wiederkehrende Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen in der Stadt Mainz**
Satzung über die Festlegung von Beitragssätzen für das Jahr 2020 zur Erhebung wiederkehrender Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen in der Stadt Mainz
Vorlage: 0840/2021

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Haupt- und Personalausschuss empfehlen, der Stadtrat beschließt mehrheitlich die „Satzung über die Festlegung von Beitragssätzen für das Jahr 2020 zur Erhebung wiederkehrender Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen in der Stadt Mainz“.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 26.05.2021.

Punkt 59 **Wiederkehrende Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen in der Stadt Mainz**
1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen in der Stadt Mainz vom 06.12.2007
Vorlage: 0844/2021

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Haupt- und Personalausschuss empfehlen, der Ortsbeirat Mainz-Drais nimmt zur Kenntnis, der Stadtrat beschließt mehrheitlich die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen in der Stadt Mainz vom 06.12.2007.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 26.05.2021.

Punkt 60 **Ergänzung der Prioritätenliste Sportförderung 2021**
Vorlage: 0795/2021

Der Sportausschuss empfiehlt, der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen vorbehaltlich der Zustimmung durch die Kommunalaufsicht die Ergänzungen der Prioritätenliste 2021 zur Fortführung des Sportstättenanierungsprogramms, welche Grundlage für die zu stellenden Zuschussanträge sein soll.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 12.05.2021.

Punkt 61 **Wirtschaftliche Beteiligungen**

Punkt 61.1 **Staatstheater Mainz GmbH;**
hier: Jahresabschluss zum 31.07.2020
Vorlage: 0798/2021

Nach Kenntnisnahme des Prüfungsberichtes der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schüllermann und Partner AG über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2020 empfiehlt der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen über:

1. Die Feststellung des Jahresabschlusses der Staatstheater Mainz GmbH für das Geschäftsjahr 2019/2020 mit einer Bilanzsumme i.H.v. 7.144.334,50 Euro und einen Jahresüberschuss i.H.v. 885.768,69 Euro,
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag der Geschäftsführung den Jahresüberschuss 2019/2020 i.H.v. 885.768,69 Euro auf neue Rechnung vorzutragen,
3. die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2019/2020,

4. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2019/2020.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.05.2021.

Punkt 61.2 **Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH;**
hier: Jahresabschluss zum 31.12.2020
Vorlage: 0876/2021

Nach Kenntnisnahme des Prüfungsberichtes der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schüllermann und Partner AG über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2020 empfiehlt der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH für das Jahr 2020 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 91.849.930,11 € und einem Jahresüberschuss i. H. v. 342.641,25 €,
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag, den Jahresüberschuss 2020 i. H. v. 342.641,25 € zusammen mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr i. H. v. 7.638.256,03 € auf neue Rechnung vorzutragen,
3. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2020,
4. die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2020.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 31.05.2021.

Punkt 61.3 **Mainzer Erneuerbare Energien GmbH;**
hier: Gründung von zehn (10) Vorrats-Projektgesellschaften der PI-
ONEXT-Gruppe
Vorlage: 0932/2021

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt, der Stadtrat stimmt den Gründungen von zehn (10) Vorrats-Projektgesellschaften „PIONEXT Solar xx GmbH & Co. KG“ einstimmig zu. Die Beschlussfassung steht unter dem Vorbehalt, dass die ADD bezüglich der Gesellschaftsgründung keine bedeutenden kommunalaufsichtsbehördlichen Bedenken geltend macht.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 08.06.2021.

Punkt 62 **Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung**
2020/21 bei der Staatstheater Mainz GmbH

Vorlage: 0799/2021

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt, der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen über die Bestellung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schüllermann und Partner AG, Mainz zur Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.07.2021 der Staatstheater Mainz GmbH, vorbehaltlich der Zustimmung des Landesrechnungshofes.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.05.2021.

Punkt 63 **Sanierung der Rheingoldhalle Mainz** **hier: überplanmäßige Mittelbereitstellung zur Abdeckung der Mehrkosten der Baumaßnahmen und zur Gewährung eines Gesellschafterdarlehens an die Rheingoldhalle GmbH & Co.KG zur Finanzierung des Vermögensschadens aus dem Brandereignis** **Vorlage: 0948/2021**

Der Finanzausschuss empfiehlt, der Stadtrat beschließt einstimmig

1. vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplanes für die Jahre 2021/2022 durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier die überplanmäßige Mittelbereitstellung

- in Höhe von insgesamt 7,015 Mio. Euro (1,584 Mio. Euro beim Projekt 7.000770, 2,642 Mio. Euro beim Projekt 7.000790 und 2,789 Mio. Euro beim Projekt 7.000948) zur Abdeckung der Mehrkosten der Baumaßnahme,
- in Höhe von 4,2 Mio. Euro bei einem noch einzurichtenden Projekt zur Gewährung eines Gesellschafterdarlehens an die Rheingoldhalle GmbH & Co. KG

2. die Gewährung eines Gesellschafterdarlehens in Höhe von 4,2 Mio. Euro an die Rheingoldhalle GmbH & Co. KG mit einer Laufzeit bis 31.12.2022. Der Zinssatz orientiert sich an der Referenzzinsmethode der EU und beträgt für das Jahr 2021 3,55 %. Die Tilgung erfolgt endfällig, Sondertilgungen sind möglich.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 09.06.2021.

Punkt 64 **Haushaltsangelegenheiten**

Punkt 64.1 **Frauenhaus in Mainz, Herstellung der Barrierefreiheit und Erweite-**

run
hier: außerplanmäßige Bereitstellung für die Haushaltsjahre 2021
und 2022
Vorlage: 0904/2021

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt, der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, für das Haushaltsjahr 2021 die außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 120.000,00 EUR und die außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 600.000,00 EUR zu Lasten der genehmigten Verpflichtungsermächtigungen des städtischen Haushalts sowie für das Haushaltsjahr 2022 die außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 619.750,00 EUR bei dem Projekt „Frauenhaus Mainz, Barrierefreiheit (7.001159)“, vorbehaltlich der Genehmigung des Doppelhaushaltes 2021/2022.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 02.06.2021.

Punkt 64.2 **Mahnmal Kirche St. Christoph, Sanierung**
hier: außerplanmäßige Bereitstellung für die Haushaltsjahre 2021
und 2022
Vorlage: 0907/2021

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt, der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, für das Haushaltsjahr 2021 die außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 500.000,00 EUR und die außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.470.000,00 EUR zu Lasten der genehmigten Verpflichtungsermächtigungen des städtischen Haushalts sowie für das Haushaltsjahr 2022 die außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 1.519.250,00 EUR bei dem neuen Projekt „Mahnmal Kirche St. Christoph, Sanierung“, vorbehaltlich der Genehmigung des Doppelhaushaltes 2021/2022 durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 04.06.2021.

Punkt 64.3 **Entgelte der Stadt Mainz für Gebäudedienstleistungen der GWM**
hier: überplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2021
Vorlage: 0915/2021

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt, der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 767.750,00 EUR im Haushaltsjahr 2021 sowie 24.000,00 EUR im Haushaltsjahr 2022 bei den Entgelten für Gebäudedienstleistungen der GWM, unter Vorbehalt der Genehmigung des Haushaltsplanes 2021/2022 durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 07.06.2021.

Punkt 65 **Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO;**
hier: Einwerbung, Entgegennahme und Vermittlung von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 0865/2021

Der Annahme der Zuwendungen gemäß beiliegender Liste wird ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen zugestimmt.

Erst nach der Unbedenklichkeitserklärung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion kann die Zustimmung der Zuwendungen/Sponsoringleistungen in Kraft treten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 28.05.2021.

Punkt 66 **Außerplanmäßige Mittelbereitstellung zur Erweiterung der WLAN-Ausstattung bzw. Aufbau einer WLAN-Infrastruktur in Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge**
Vorlage: 0938/2021

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich nach Vorberatung des Sozialausschusses und des Ausschusses für Finanzen und Beteiligung die außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 270.000,00 Euro für den Aufbau einer WLAN-Infrastruktur der kommunalen Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge vorbehaltlich der Genehmigung des Doppelhaushaltes 2021/2022 durch die ADD.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 09.06.2021.

Punkt 67 **Digitalisierung der staatlichen Mainzer Schulen**
hier: außerplanmäßige Mittelbereitstellung
Vorlage: 0872/2021

Der Schulträgerausschuss und der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfehlen und der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen die außerplanmäßige Mittelbereitstellung vorbehaltlich der Genehmigung des Doppelhaushaltes 2021/2022 in Höhe von 2.500.000,00 € im Haushaltsjahr 2021 und in Höhe von 2.000.000,00 € im Haushaltsjahr 2022.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 31.05.2021.

Punkt 68 **Sachstandsberichte**

Punkt 68.1 **Sachstandsbericht zum Stadtratsantrag 0950/2020/2**
hier: Unterbringung von Wohnsitzlosen (Bündnis 90/Die Grünen,
SPD, FDP)
Vorlage: 0757/2021

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag ist damit erledigt.

Gegenstand der Kenntnisnahme ist die Verwaltungsvorlage vom 27.04.2021.

Punkt 69 **Kindertagesstättenbedarfsplan 2021**
Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplanes 2021 mit einer
Prognose bis 2025
Vorlage: 0845/2021

Die städtischen Gremien nehmen den Kindertagesstättenbedarfsplan 2021 zur Kenntnis.

Gegenstand der Kenntnisnahme ist die Verwaltungsvorlage vom 21.05.2021.

Punkt 70 **Mittelbereitstellung für das Sozialraumbudget nach dem Kita-**
Zukunftsgesetz Rheinland-Pfalz
Vorlage: 0823/2021

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, nach den Vorberatungen in der Arbeitsgruppe Kindertagesbetreuung, im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen, dass die im Jahr 2021 benötigten Mittel i. H. v. 2.592.532 € und im Jahr 2022 benötigten Mittel i. H. v. 5.314.690 € für das „Sozialraumbudget“ nach § 25 Abs. 5 KiTaG, vorbehaltlich der Genehmigung des Doppelhaushaltes 2021/2022 durch die ADD, außerplanmäßig bereitgestellt werden.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 20.05.2021.

Punkt 71 **Städtische Investitionskostenzuschüsse an freie Träger von Kindertagesstätten**
Vorlage: 0752/2021

Der Stadtrat beschließt einstimmig, nach den Vorberatungen im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen, die im Anhang befindlichen „Richtlinien über die Gewährung von städtischen Zuschüssen zu den Bau- und Ausstattungskosten von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft im Jugendamtsbezirk Mainz“. Die Richtlinien treten zum 01.07.2021 in Kraft.

Die vom Stadtrat in der Sitzung am 12.09.2018 beschlossenen Richtlinien über die Gewährung von städt. Zuschüssen zu den Bau- und Ausstattungskosten von Kindertagesstätten im Jugendamtsbezirk Mainz“ treten mit Wirkung zum 30.06.2021 außer Kraft.

Die AG Kita, der Jugendhilfeausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen beraten vor und der Stadtrat beschließt, vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplans für die Jahre 2021/2022 durch die ADD, die außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das Projekt „Investitionszuschüsse an freie Träger“ in Höhe von 1.000.000 Euro im Haushaltsjahr 2022.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 22.04.2021.

Punkt 72 **Übergangsvereinbarung kommunale Zuschüsse für den laufenden Betrieb von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft im Jugendamtsbezirk Mainz**
Vorlage: 0762/2021/1

Der Stadtrat beschließt einstimmig, nach den Vorberatungen in der Arbeitsgruppe Kindertagesbetreuung des Jugendhilfeausschusses, im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen, die Verwaltung mit dem Abschluss von Übergangsvereinbarungen zu den kommunalen Zuschüssen für den laufenden Betrieb von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft im Jugendamtsbezirk Mainz gemäß der Eckpunkte im Beschluss des Jugendhilfeausschusses 1339/2020 zu beauftragen.

In seiner Sitzung am 12.05.2021 hat der Jugendhilfeausschuss die Beschlussvorlage der Verwaltung geändert. Die Änderungen werden im folgenden Text nach der Reihenfolge der Änderungsbeschlüsse (im Text unterstrichen) dargestellt:

Die Verwaltung schließt Vereinbarungen zu den kommunalen Zuschüssen für Kitas in freier Trägerschaft auf Grundlage der Eckpunkte des Beschlusses 1339/2020 des Jugendhilfeausschusses vom 01.09.2020.

1. Änderungsbeschluss:

Hier insbesondere die Reduzierung des Trägeranteils an den Personalkosten auf grundsätzlich 4%. In begründeten Ausnahmefällen kann diese Quote auch noch unterschritten werden,

wenn dies erforderlich ist, um die Trägerpluralität und die Gewährleistung des Wunsch- und Wahlrechts der Eltern zu sichern.

Die Verwaltung erarbeitet Kriterien/Richtlinien zur Umsetzung einer höheren Personalkosten-bezuschussung. Insbesondere gilt es in den Kriterien/Richtlinien festzulegen, wann es sich um begründete Ausnahmefälle handelt, die eine zusätzliche Unterstützung bei den Personalkosten der Träger erforderlich macht und die temporär geleistet werden soll.

Der Stadtrat stimmt dem 1. Änderungsbeschluss ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen zu.

2. Änderungsbeschluss:

Im Falle des nachgewiesenen Mehrbedarfs bei Personalstunden für Wirtschaftskräfte (z.B. wenn es mehr Esskinder in den Kitas geben sollte) gewährt die Stadt diese den freien Trägern. (Es wurde der zweite Halbsatz „auf Grundlage des sog. „Controllingpapiers“ gestrichen)

Der Stadtrat stimmt dem 2. Änderungsbeschluss ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen zu.

3. Änderungsbeschluss:

Darüber hinaus soll die Aufnahme von Verhandlungen zur Angemessenheit der Eigenleistung der freien Träger hinsichtlich der Personal- und Sachkosten geführt werden.

Ergänzung zu den Änderungsbeschlüssen 1 und 2 durch die Verwaltung:

Die Auswirkungen auf den Haushalt werden nach spätestens zwei Jahren von der Verwaltung evaluiert und den städt. Gremien vorgestellt.

Dem Vorschlag der Verwaltung den 3. Änderungsbeschluss abzulehnen, stimmt der Stadtrat einstimmig zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.06.2021.

Punkt 73 **Platzbenennung in Mainz-Hechtsheim**
hier: Namensgebung der Grünanlage auf dem Autobahntunnel
Mainz-Hechtsheim
Vorlage: 0748/2021

Der Kulturausschuss empfiehlt, der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, den zur Naherholung angelegten Bereich der Grünanlage auf dem Autobahntunnel in Mainz-Hechtsheim in

Klara-Schapiro-Anlage

zu benennen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 21.04.2021.

Punkt 74 **Platzbenennung in Mainz-Altstadt**
hier: Namensgebung des Platzes vor dem alten Bahnhofsgebäude
am Römischen Theater in
Dr.-Berta-Erlanger-Platz
Vorlage: 0751/2021

Der Kulturausschuss empfiehlt, der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, den Platz vor dem alten Bahnhofsgebäude am Römischen Theater in

Dr.-Berta-Erlanger-Platz

zu benennen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 22.04.2021.

Punkt 75 **Änderung Nr. 56 des Flächennutzungsplans der Stadt Mainz "Erweiterung des Friedhofs Judensand" (Beschluss)**
hier: - Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
- Beschluss gemäß § 1 Abs. 3 BauGB i. V. m. § 32 GemO
- Vorlage der zusammenfassenden Erklärung gemäß § 6a Abs. 1 BauGB
Vorlage: 0768/2021

Der **Stadtvorstand**, der **Bau- und Sanierungsausschuss** empfehlen, der **Stadtrat** beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen:

1. die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,
2. unter Abwägung der privaten und öffentlichen Belange die Flächennutzungsplanänderung Nr. 56 einschließlich Begründung gemäß § 1 Abs. 3 BauGB i.V.m § 32 GemO,
3. die zusammenfassende Erklärung gem. § 6a Abs. 1 BauGB

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 03.05.2021.

Punkt 76 **Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan "Ehemalige Brauerei Wormser Straße (W 105)"**

Abschluss des städtebaulichen Vertrages nach § 11 BauGB zwischen der Landeshauptstadt Mainz und der Investorin (Fischer &

Co. GmbH & Co. KG)
Vorlage: 0800/2021

Der **Stadtvorstand**, der **Bau- und Sanierungsausschuss** und der **Wirtschaftsausschuss** empfehlen, der **Stadtrat** stimmt dem Abschluss des nachfolgenden Vertrages mehrheitlich zu:

Städtebaulicher Vertrag nach § 11 BauGB zum Bebauungsplan "Ehemalige Brauerei Wormser Straße (W 105)" zwischen der Landeshauptstadt Mainz und der Investorin (Fischer & Co. GmbH & Co. KG)

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.05.2021.

Punkt 77 **Bauleitplanverfahren "W 105" (erneute Planstufe II)**

Bebauungsplanentwurf "Ehemalige Brauerei Wormser Straße (W 105)"

hier: - erneuter Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB

- Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,

- erneute Vorlage in Planstufe II,

- Durchführung einer erneuten, eingeschränkten öffentlichen

Auslegung gemäß § 3 Abs. 2

BauGB in Verbindung mit § 4a Abs. 3 BauGB.

Vorlage: 0801/2021

Der **Stadtvorstand**, der **Bau- und Sanierungsausschuss** empfehlen, der **Stadtrat** beschließt einstimmig zu o.g. Bebauungsplanverfahren:

1. den erneuten Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
2. die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen aus der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,
3. die erneute Vorlage in Planstufe II,
4. die erneute eingeschränkte öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 4 a Abs. 3 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.05.2021.

Punkt 78 **Veränderungssperre "D 31-VS"/I**
Erste Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre für
den Bereich des Bebauungsplanentwurfs "Am Römerwall (D 31)",
Satzung "D 31-VS/I"
hier: - Beschluss gemäß § 17 BauGB i. V. mit den §§ 14 und 16
BauGB
Vorlage: 0772/2021

Der **Stadtvorstand**, der **Ortsbeirat Mainz-Drais**, der **Bau- und Sanierungsausschuss** empfehlen, der **Stadtrat** beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen in Kenntnis der Vorlage gemäß § 17 BauGB in Verbindung mit den §§ 14 und 16 BauGB die Satzung "D 31-VS/I" über die erste Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre "D 31-VS" um ein Jahr.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 04.05.2021.

Punkt 79 **Landesgartenschau Rheinland-Pfalz 2026;**
hier: Machbarkeitsstudie
Vorlage: 0850/2021

Wie eingangs durch Herrn Stufler beantragt, werden die Punkte 79 und 80 vor Punkt 46 und damit bei Eintritt in den Teil II der Tagesordnung behandelt.

Herr Stufler (FREIE WÄHLER) und Frau Mauerer (DIE LINKE) sprechen zu dieser Beschlussvorlage. Herr Oberbürgermeister Ebling führt aus, dass die Verwaltung den Hartenberg-Park im Blick behalte und es sich bei der Landesgartenschau 2026 um eine wichtige Investition und damit um eine Chance für die Stadt Mainz handle. Im Vorfeld habe es viele Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger sowie Gremienmitglieder gegeben.

Der **Stadtvorstand**, die **Ortsbeiräte**, der **Ausschuss für Finanzen und Beteiligung**, der **Bau- und Sanierungsausschuss**, der **Haupt- und Personalausschuss**, der **Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie** empfehlen, der **Stadtrat** beschließt mehrheitlich, die Stadtverwaltung zu beauftragen, auf Grundlage der Machbarkeitsstudie die Bewerbungsunterlagen vorzubereiten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 27.05.2021.

Punkt 80 **Modernisierung Gutenberg-Museum**
hier: Vorstellung der von Bund, Land und Stadt gemeinsam finan-
zierten Machbarkeitsstudie
Vorlage: 0890/2021

Der Ortsbeirat Mainz-Altstadt, der Werkausschuss der Gebäudewirtschaft Mainz, der Bau- und Sanierungsausschuss, der Kulturausschuss und der Haupt- und Personalausschuss empfehlen, der Stadtrat beschließt einstimmig:

- 1) die Machbarkeitsstudie zur Kenntnis zu nehmen;
- 2) die Stadtverwaltung zu beauftragen, auf Grundlage der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie die weiteren Planungen zur "Modernisierung Gutenberg-Museum" fortzuführen und als ersten Schritt einen Architektenwettbewerb auszuloben.

die Stadtverwaltung zu beauftragen, auf Grundlage der Koalitionsvereinbarung des Landes Rheinland-Pfalz vom 06.05.2021 mit dem Land und dem Bund Kontakt aufzunehmen und gemeinsam ein Finanzierungskonzept zu erarbeiten, das die Umsetzung des Projektes absichert.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 01.06.2021.

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 81 **Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien**

Punkt 81.1 **Besetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten etc.** **Vorlage: 0930/2021**

Der Stadtrat wählt/ entsendet / benennt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen die in der Vorlage aufgeführten Mitglieder und Stellvertretungen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 08.06.2021.

Punkt 81.2 **Besetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten etc.** **Vorlage: 1082/2021**

Der Stadtrat wählt/ entsendet / benennt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen die in der Vorlage aufgeführten Mitglieder und Stellvertretungen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 08.06.2021.

Punkt 81.3 **Besetzung von Gremien**
Vorlage: 0004/2021

Der Stadtrat wählt bzw. entsendet ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen die nachfolgenden Personen in die jeweiligen Gremien:

1. Patientenfürsprecherin
(10 25 07/136)

Auf Vorschlag der Universitätsmedizin wird als Nachfolgerin von Lore Müller
Elke Haas

in das o. g. Gremium gewählt.

2. Werkausschuss des Entsorgungsbetriebes
(10 25 07/159)

Auf Vorschlag des Personalrates werden als Mitglieder und als persönliche Stellvertretungen

Markus Conradi
Rainer Behrendt
Meik Lumb **und**

Cordula Zimmer
Horst Horn
Horst-Michael Ihrig

in das o. g. Gremium gewählt.

3. Schulträgerausschuss
(10 25 07/85)

Auf Vorschlag der Lehrerschaft für Berufsbildende Schulen wird als Nachfolger von Hildegard Küper

Dr. Rüdiger Tauschek

mit Wirkung zum 01.08.2021 in das o. g. Gremium gewählt.

4. Rechnungsprüfungsausschuss
(10 25 07/82)

Auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von StRM Andreas Behringer
Peter Rosenhayn

in das o. g. Gremium gewählt.

5. Zusätzliche Stellvertretung in Ausschüssen und sonstigen Gremien

(10 25 07/xx)

Auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion wird als zusätzliche Stellvertretung

Yasmine Koch

in alle Gremien gewählt, soweit nicht eine persönliche oder keine Stellvertretung vorgesehen ist.

6. Mitgliederversammlung Volkshochschule

(10 25 07/102-1)

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolgerin von Vera Krahn

Lisa Mandau

in das o. g. Gremium gewählt.

7. Stadtrechtsausschuss

(10 25 07/53)

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolgerin von Vera Krahn

Ulrike Cohnen

in das o. g. Gremium gewählt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 30.06.2021.

Punkt 82 **Einwohnerfragestunde [ca. 18.00 Uhr]**

Herr Oberbürgermeister Ebling beantwortet Nachfragen zur Müllproblematik am Rheinufer und zur Aufklärung der Bevölkerung hinsichtlich des Corona-Virus.

Punkt 83 **Anregungen der Ortsbeiräte [ca. 18.30 Uhr]**

Hierzu sind keine Vorlagen zu verzeichnen.

Ende der Sitzung: 19:55 Uhr

.....
Vorsitz

.....
Schriftführung